

Wer ist das Volk?

Das Fazit dieses Beitrages stelle ich gleich an den Anfang: Ich bin gegen die so genannte „direkte Demokratie“ bei Vorhaben, die im gesamtstädtischen Interesse liegen. Über die Frage, ob es auf dem Tempelhofer Feld eine Randbebauung mit Wohnungen geben sollte, hätte kein Volksentscheid stattfinden dürfen. Die rund 4.700 geplanten Wohnungen fehlen schon jetzt.

Es gibt in Berlin eine immer größer werdende Anzahl von „Bürger“-Initiativen, die ihre – in meinem Bezirk nennt man das Partikularinteressen, durchzusetzen in der Lage sind. Diese Initiativen erfahren große Aufmerksamkeit in den Medien, weil es ja eigentlich immer gegen den Senat oder ein Bezirksamt geht. Und das ist spannend. Man kann meinetwegen darüber abstimmen, ob irgendwo eine Parkraumbewirtschaftung eingerichtet werden soll oder nicht, ob wir uns mit dem Rückkauf von Strom- und Gasnetzen verschulden oder ob Hunde Uferwege vollscheißen dürfen oder nicht. Es gibt bei dem vorhandenen Entscheidungswahn aber Grenzen. Und diese Grenze liegt eindeutig beim Wohnungsneubau, der übrigens in Berlin zu rund 85 Prozent in privater Hand liegt.

Wenn ein Grundstück ordentlich erworben wurde und es im Flächennutzungsplan für Wohnbebauung vorgesehen ist, dann haben dort gefälligst Wohnungen zu entstehen. Das Bebauungsplanverfahren verhindert ohnehin eine zu hohe und zu dichte Bebauung. Der freie Blick nach Westen über eine unbebaute Wiese zum Sonnenuntergang ist im Mietpreis nicht enthalten. Für die meisten Menschen geht die Sonne nicht am Horizont hinter großen freien Flächen unter, sondern hinter dem gegenüber liegenden Dach des Nachbarhauses.

Unsere parlamentarische Demokratie hat sich bewährt. Volksbegehren können nur ergänzende, nicht ersetzende Elemente sein. So ist es und so hat es der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) inzwischen mehrfach gesagt.

Beim Frühstück der IHK am 13. Mai hat Michael Müller vor der größten Ansammlung von Gästen, die je bei dieser Veranstaltung angemeldet waren, Klartext gesprochen. Nun, so deftig, wie es die Berliner Zeitung beschrieb, war es dann auch nicht. Müller hat nicht das „Volk gewarnt“ und macht auch nicht „Front gegen eine Dominanz der Direkten Demokratie“. Er hat allerdings sehr eindeutig auf die Gefah-

ren hingewiesen. *„Wohnungsbau müsse auch gegen Einzelinteressen von Bürgerinitiativen durchgesetzt werden“*, zitiert ihn die Berliner Zeitung. Und das ist richtig! Überall dort, wo sich etwas in Punkto Wohnungsbau regt, ist schneller als der Landvermesser eine BI auf dem Grundstück.

Die Berliner Zeitung schreibt: *„Meine Sorge ist, dass wir Instrumente der Direkten Demokratie haben, die nicht ein Mehr an Demokratie bedeuten für mehr Menschen, sondern nur mehr Instrumente sind für einige wenige, die sich schon vorher gut artikulieren konnten,“* sagte Müller. *In diesen Gruppierungen seien einige unterwegs, „die haben Zugang zu Medien, zu Geld zu großen Organisationen. - Die konnten sich schon vorher bei Wahlen, in Bürgerinitiativen oder auch bei Elternabenden gut Gehör verschaffen.“* Die seien bestens organisiert und vernetzt – und bekämen jetzt noch die Instrumente der Direkten Demokratie und damit eine zusätzliche Wucht. *„Da müssen wir aufpassen“,* warnte Müller. *„Weil das bedeuten kann, dass diese Gruppen immer mehr nur ihre Eigeninteressen durchsetzen, und nicht die Interessen einer Mehrheit.“* Eine höchst berechtigte Sorge des Regierenden Bürgermeisters.

Und weiter: *„... Politik, Verbände und Institutionen müssten ab einem bestimmten Punkt auch bereit sein zu sagen: Wir haben den Bürgerinitiativen zugehört und Anregungen aufgenommen, aber jetzt müssen wir aus einem gesamtstädtischen Interesse heraus entscheiden...Es gehe nicht an, dass überall dort, wo konkret gebaut werden soll, eine Initiative aufstehe und das verhindere, ob auf dem Tempelhofer Feld, in Buckow oder im Mauerpark.“*

Bürgerinitiativen glänzen nicht gerade durch die Fähigkeit, Einsicht zu zeigen. Und so haben sich gleich mehrere Initiativen verbündet und auf Müller scharf geschossen, allerdings mit sehr durchsichtiger, immer wieder populistischer und auch falscher Argumentationsmunition. Am 15. Mai, als viele männliche Bewohner der Stadt noch ihren Vaterstagsrausch auskurierten, versandten die selbst ernannten Volksentscheider einen Offenen Brief, den die Berliner Zeitung exklusiv veröffentlichte.

Nachfolgende in paar Auszüge mit eingeklammerten Anmerkungen.

„Mehr Demokratie wagen“! So bewegte einst Willy Brandt das Land. Und jetzt wagen Sie, vor Direkter Demokratie und damit vor uns zu warnen. (Nicht vor direkter Demokratie, aber vor diesen Bürgerinitiativen sollte man wirklich warnen.)

„Für die Bürger Berlins, darunter die Unterzeichner, ist MEHR DEMOKRATIE eine lebendig gebliebene Verpflichtung.“ (Sehr richtig. Die Unterzeichner sind aber nur ein Teil der Bürger Berlins, und offenbar keine, die eine Wohnung suchen.)

„Ja, wir sind die Eltern, die in Gruppen samstags die Klassenzimmer streichen, wir sind es, die sich Zugang verschaffen zu den Medien, wenn wir montags den Lokalreporter hinweisen auf Schäden in Schulräumen und fehlende Lehrer.“ (Ja, es ist eine Schande, dass Eltern Klassenräume streichen müssen. Wie verschafft man sich aber „Zugang zu den Medien!“)

„Ja, wir haben dafür gesorgt, dass die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf die Bezirkspolitiker mit einem Bürgerentscheid daran gemahnen konnten, ihre jahrzehntelang gegebenen Versprechen einzulösen und das Grundstück der Schmargendorfer Kolonie Oeynhausen endlich als Grünfläche festzusetzen, um damit der Bodenspekulation eines texanischen Hedge-Fonds Einhalt zu gebieten. Ja, das haben wir getan und die Wählerinnen und Wähler waren mit uns: Im Mai 2014, mit 77,04 % Zustimmung!“ (Ist es rassistisch, etwas gegen Texaner zu haben? Über die Kolonie Oeynhausen reden wir mal lieber nicht. Die dortige Initiative hat so viele Fehler gemacht, dass das ganze Projekt in einem Fiasko enden könnte. Eine Lüge muss allerdings gerade gerückt werden. 77,04 Prozent der Wähler „waren mit uns“. Also: von den 245.112 Stimmberechtigten (Wahlberechtigte 2011 241.910) haben 115.489 = 47,74 % ihre Stimme abgegeben. Ungültig: 5.234 = 4,53 %. Gültig = 110.255. Ja 84.945 = 77,04 % / Nein = 25.310 = 22,96 %. 84.945 Befürworter von 245.112 Stimmberechtigten ergeben 34,6 %. Also, liebe BIs, immer schön bei der Wahrheit und den Grundrechenarten bleiben. Ein Drittel, und keiner mehr, war mit Ihnen.)

„Haben Sie sich jemals gefragt, warum und wo sich Bürgerinitiativen so zahlreich bilden, die sich für ein lebenswertes Berlin insgesamt einsetzen? Sie entstehen überall dort, wo an den elementaren Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei und einseitig im Interesse von Investoren entschieden wird.“ (Es ist in dieser Stadt zur Mode geworden, jeden Investor für einen Strolch zu halten. Wenn Wohnungen entstehen sollen, geht das keineswegs an den „elementaren Bedürfnissen der Bürger“ vorbei, ganz im Gegenteil, es ist im elementaren Interesse jedes Einzelnen Neu-Berliners.)

„Herr Regierender Bürgermeister: Stellen Sie klar, dass Sie die Interessen der Bürger Berlins vertreten, nicht nur die von Kapitalanlegern. Dass Sie die Lebensqualität in Berlin weiter gemeinsam mit den Berlinern und für die Berliner erhöhen. Oder geben Sie Ihr Amt ab.“

Die Anmerkungen zum Schlusssatz des Offenen Briefes erfolgt ungeklammert. Arrogant und überheblich ist dieses Pamphlet. Schwache Argumente, falsche Zustimmungswerte und viel Prosa. Wer sich auf so wackeligen Beinen bewegt, muss das Mittel der Diskreditierung und Beschimpfung wählen. Michael Müller muss überhaupt nichts klarstellen. Dass er nur die Interessen von Kapitalanlegern vertreten würde, ist blanke Verleumdung. Wie würde übrigens die Stadt nach der Vereinigung heute ohne Kapitalanleger aussehen? Die Mauer würde vermutlich noch stehen, weil sie niemand abgerissen hätte.

Davon, dass Müller die Lebensqualität gemeinsam mit den Berlinern erhöhen will, bin ich zumindest überzeugt, auch wenn Fahrradfahrer Lorenz Maroldt zu kurz zu kommen scheint. „Geben Sie Ihr Amt ab“ ist nun wirklich ein Satz, der an Dämlichkeit nicht zu überbieten ist. Selbst wenn, an wen denn? An die Vertreter der Stillstand-Initiativen?

Im Interesse der Bürger dieser Stadt und vor allem aller Neu-Berliner, kann man nur hoffen, dass der Senat und das Abgeordnetenhaus Mittel und Wege finden, Berlin weiterhin zu einer der wichtigsten europäischen Metropolen zu entwickeln, mit weltweiter Ausstrahlung.

Die Weiterentwicklung auf dem Tempelhofer Feld zeigt eines ganz klar: die seinerzeit zuständige BI war nicht bei klarem Verstand. Wer einen Volksentscheid durchbringt, der nicht einmal den Rentnern in dieser Stadt eine vernünftige schattige Sitzgelegenheit gönnen will, handelt gegen die Interessen der Bürger. Nein, diese Verhinderungs-Initiativen sind nicht das Volk, sie sind bestenfalls das lähmende Drittel einer Gesellschaft, die diese leider ertragen muss.

Ed Koch